

4 Fazit

Mit der dramaturgischen Phantasie eines Hollywood-Regisseurs könnte man den Ereignissen um die Göttinger Erklärung filmreiches Material abgewinnen, denn etwas Heroisches hatte es schon: Achtzehn Wissenschaftler stellten sich vor den Augen der Öffentlichkeit heldenhaft zum Duell mit dem ehrfurchtgebietenden Anführer der politischen Exekutive. Das Auftreten der Göttinger Achtzehn erschien sowohl in zeitgenössischer wie auch historisch rückblickender Interpretation als die Folge einer Provokation durch den Bundeskanzler, als angemessene Reaktion auf den eklatanten Versuch, nukleare Bombenwirkung zu verharmlosen. Gleichwohl gab die von Adenauer gebrauchte Artillerie-Metapher zwar den spezifischen Anlass zur Publikation der Protestschrift, jedoch war sie als bloßer Auslöser keinesfalls die eigentliche, geschweige denn die alleinige Ursache des politischen Manifests. Und noch weniger lässt sich die Feststellung aufrecht erhalten, es habe sich bei dieser Schrift ausschließlich um einen Akt der gewissenhaften Wahrnehmung von Verantwortung, allein um zivilgesellschaftliche Courage gehandelt. Jedenfalls ist dieser Aspekt nicht glaubhafter zu behaupten als einige weitere, sind sämtliche im Gemüt der Manifestanten zu suchenden Gründe für ihr Handeln spekulativ. Aufgrund der hier vorliegenden Darstellung lassen sich die – durchaus mannigfaltigen – Interessen und Beweggründe der einzelnen Manifestanten vielmehr zu Motivklassen bündeln, die jeweils von einigen der Achtzehn besonders stark vertreten wurden. Je Motiv gibt es gewissermaßen Protagonisten. Freilich lassen sich die meisten Manifestanten nicht trennscharf einem einzigen Beweggrund zuordnen; jedoch ist bei ihnen eine dominante Motivation durchaus erkennbar.

Sodann lassen sich aus der Einzelfallanalyse der Göttinger Erklärung einige Hinweise für das allgemeine Verständnis von politischen Manifesten ableiten. Viele Aspekte hinsichtlich der Genese, des Funktionierens und der Wirkung politischer Manifeste können daraus destilliert werden.

4.1 EINHEIT IN DER AKTION, VERSCHIEDENHEIT IM MOTIV

4.1.1 Verantwortung und Aufklärung

Das Motiv, welches den Achtzehn retrospektiv am häufigsten zugeschrieben wurde und dessen Gültigkeit die Manifestanten selbst am stärksten untermauerten, war das der Verantwortung, derer sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg unter dem Eindruck der US-amerikanischen Atombombe gewahr geworden seien. Wissenschaftler, so der Ansatzpunkt, dürften nicht nur Forschung betreiben, sondern müssten sich auch in der Zukunft für deren Resultate verantwortlich fühlen, deren Anwendung fortwährend kritisch beobachten und gegen jedweden Missbrauch Widerstand leisten. Obzwar viele Akteure und noch zahlreichere Interpreten wie auch apologetisch berichtende Zeitgenossen, Epigonen und Wegbegleiter der Göttinger Achtzehn die Wahrnehmung von Verantwortung im Zuge der Göttinger Erklärung mit Stolz und als ebenso eindrucksvoll wie außergewöhnlich darstellten, muss man die Bedeutung dieser vermeintlich primären Triebkraft politischen Manifestierens deutlich relativieren. Denn es konnte gezeigt werden, dass die Monopolstellung der Verantwortung als alleiniges Motiv nicht aufrechtzuerhalten ist, dass sie sogar in den meisten Fällen bloß ein Mittel zum Zweck, nicht aber das Ziel an sich war.

Dennoch: Für einige der Manifestanten war sie wohl in der Tat zentral. So etwa bei Max Born, der diesen Motiv-Typus des gewissensgeleiteten Forschers wohl am stärksten repräsentiert. Dass ihn das vielleicht am wenigsten egoistische Motiv leitete, wird verständlich, sobald man es mit den noch folgenden vergleicht. Dennoch zog auch Born, zumindest im Ergebnis, persönlichen Nutzen aus seinem Engagement. Nach seiner akademischen Emeritierung ab 1953 war er nicht mehr in der Forschung tätig, benötigte somit eine anderweitige Beschäftigung und verbrachte seine Zeit fortan mit dem Sinnieren über die wissenschaftliche Verantwortung. Eine in Deutschland etablierte Atomforschung bedeutete für ihn keine beruflichen Konsequenzen und Profilierungschancen mehr. Längst galt er als Begründer einer eigenen physikalischen Schule, war Nobelpreisträger, kurzum: arriviert und saturiert. Als Empfänger einer staatlichen Rente und wohnhaft in einem beschaulichen Alterssitz in Bad Pyrmont trieb ihn stattdessen – quasi aus der Distanz des nicht mehr Forschenden – der Gedanke um, dass er seine wissenschaftlichen Zöglinge, die in den USA in kurzer Abfolge die Atom- und Wasserstoffbombe entwickelt hatten, in all den Jahren seiner Professorenzeit zwar zu exzellenten Forschern qualifiziert, ihnen aber kein moralisches Rüstzeug beigegeben hatte. Born gelangte zu der Auffassung, dass die zukünftigen Nach-

wuchskohorten der Kernphysik für die Gefahren und die damit einhergehende Verantwortung ihres Forschungsbereichs sensibilisiert werden müssten. Spätestens ab 1955 ging es ihm darum, ein aufsehenerregendes und warnendes Exempel wissenschaftlicher Verantwortungswahrnehmung in der Öffentlichkeit zu statuieren. Diese Haltung fand in der Göttinger Erklärung, die ja als Manifest per se eine Wahrnehmung von Verantwortung darstellte, ihren sinnfälligen Ausdruck, ward also gleichsam „manifest“.

Ein weiterer vieler Beweggründe, der zugleich auch einen zivilgesellschaftlichen Verdienst darstellt, ist der einer naturwissenschaftlichen Aufklärung – in der sich die Verantwortung von Forschern ausdrückt, Laien über komplexe Zusammenhänge und Gegenstände begreiflich zu machen und sie zu kritischem Urteil zu befähigen. Die Göttinger Erklärung erfüllte sogar eine doppelte Aufklärungsfunktion: Sie deckte die geheimen Atomwaffenambitionen Adenauers auf, die der Kanzler nur zu gerne in der undurchsichtigen Sphäre raffinierter Geheimdiplomatie gehalten hätte, und holte auf diese Weise zugleich ein brisantes, gesellschaftlich bedeutsames Thema aus dem verschlossenen Arkanbereich der Regierungspolitik heraus. Zum Ärgernis des Bundeskanzlers verhalf sie der Öffentlichkeit damit zu einem exklusiven Zugang zur Bonner Hinterzimmerpolitik, der den Bürgern ansonsten verwehrt geblieben wäre. Des Weiteren informierte das Manifest über die realen Gefahren von Atomwaffen für die Zivilbevölkerung, bezweifelte die Einhaltung des staatlichen Schutzversprechens und prangerte offen die rhetorische Verharmlosung an, welche der im Volk allseits beliebte Adenauer soeben vorgenommen hatte. Die dahinter verborgene, nur für Experten selbstverständliche Drastik wurde von den Manifestanten, gestützt auf deren von akademischen Titeln bescheinigte Sachkompetenz, enthüllt.

In diesem Aspekt kommt folglich ein zweiter Motivtypus zum Vorschein, den besonders Rudolf Fleischmann und Walther Gerlach personifizierten. Freilich spielt er eng in den ersten, auf die Verantwortung fokussierenden hinein. Es handelt sich dabei um die Träger einer der Allgemeinheit verantwortlichen Autorität, die sich auf das Wissen um Fakten anerkannter wissenschaftlicher Forschungsergebnisse stützt, die von der Politik nicht ignoriert werden könnten, sondern lediglich akzeptiert und politisch übernommen werden sollten. Im besonderen Fall der Atomforschung galt dies der Erkenntnis, dass sich in der Praxis zwischen strategischen und taktischen Bomben aufgrund der ortsungebundenen Wirkung von Radioaktivität und der in beiden Fällen enormen Zerstörungskraft nicht unterscheiden ließ; aber auch der Illusion, man könne sich vor den Folgen eines Atomkriegs – „der lebensausrottenden Wirkung der strategischen Atomwaffen“ – wirkungsvoll schützen; man kenne, so stand es im Manifest, „keine technische Möglichkeit, große Bevölkerungsmengen vor dieser Gefahr

sicher zu schützen“. Der hier angesprochene Typus kämpfte mit einer gegenläufigen Expertenmeinung wider eine euphemistische Rhetorik und irreführende Bagatellisierung durch Politiker und Militärs an. Ihn störte, dass Atomwaffen in der Politik zu diplomatischen Verhandlungsobjekten und machtpolitischen Statussymbolen verkamen, dass die durch sie verursachten Schrecken kleingeredet und haltlos relativiert wurden. Sein Motiv gründete letztlich auch in einem Kommunikationsdefizit zwischen Regierendem und Experten, da sich ersterer von letzterem nicht in das politische Geschäft hineinreden lassen wollte. Es war der als ungerechtfertigt empfundene Ausschluss von politischen Entscheidungsprozessen, zu denen man sich qua wissenschaftlicher Expertise persönlich Zugangsberechtigt fühlte. Die Göttinger Erklärung sollte folglich dem hier beschriebenen Typus des ignorierten Experten in den Büros der Ministerien und Abgeordneten Gehör verschaffen und über die wahren Risiken einer verharmlosten Angelegenheit öffentlich aufklären.

4.1.2 Reputationsgewinn durch Öffentlichkeitsarbeit

Ein dritter Typus findet sich in Werner Heisenberg und Karl Wirtz, auch in Walther Gerlach. Sie wollten das öffentliche Ansehen der Kernphysik erhöhen und das Vertrauen in sie stärken. Nachdem 1945 zwei Produkte wissenschaftlicher Nuklearforschung auf grausame Weise zwei Großstädte – Hiroshima und Nagasaki – mit einer historisch bis dahin einmaligen Zerstörungskraft ausgelöscht hatten, drohte der Atomwissenschaft innerhalb der Zivilbevölkerung ein massiver Ansehensverlust, ja sogar eine heftige Gegnerschaft. Besonders Heisenberg, aber auch viele weitere der Göttinger Manifestanten gelangten – nicht zuletzt nach der erfolgreichen und aufsehenerregenden Erprobung einer an militärischem Vernichtungspotenzial noch weitaus gewaltigeren Wasserstoffbombe im Jahr 1955 – zu der Überzeugung, dass man der negativen Assoziation der Atomkraft schnellstmöglich und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegen schreiten musste. Schließlich bedrohte sie die gesellschaftliche Akzeptanz des eigentlichen Metiers der westdeutschen Nuklearwissenschaftler: die zivile Kernforschung im Bereich der Medizin und der Energieversorgung. Besonders die beiden Nobelpreisträger Hahn und Heisenberg versuchten, die von ihnen stets als segensreich gerühmten Nutzungsmöglichkeiten der Kernenergie im Rahmen friedlicher Verwendungszwecke positiv herauszustellen, ja geradezu marktschreierisch anzupreisen. Neben eine allgemeine Skepsis der Bevölkerung gegenüber nuklearer Energie trat die spezielle gegenüber der militärischen Verwendung im Rahmen von Bomben und Raketen, in mancher Vorstellung sogar als Munition für Handfeuerwaffen. Vor allem Regierungen des Auslands standen

so kurz nach der Erfahrung des Zweiten Weltkriegs und dem nationalsozialistischen Terror deutschen Produktionsstätten für atomare Massenvernichtungswaffen mit entschiedener Ablehnung gegenüber.

Aus Furcht, vom Ausland Sanktionen und Repressionen sowie aus dem Inland den Entzug von Vertrauen und Unterstützung zu erleiden, entwickelten bzw. praktizierten einige der Wissenschaftler die Strategie einer PR-Kampagne. In aller Öffentlichkeit, bei jeder sich bietenden Gelegenheit in Form von Zeitungsartikeln, Aufsätzen, Interviews, Reden und Vorträgen wiesen sie auf die ausschließlich konstruktive, zivile, kurz: friedfertige Ausrichtung der westdeutschen Atomwissenschaft hin. Besonders Hahn und Heisenberg verbürgten sich zum Teil persönlich mit ihren Namen für eine ausnahmslos friedlich betriebene Kernforschung auf dem Territorium der Bundesrepublik. Denn ihr, und nicht der kriegesischen Zweckforschung, galten das Forschungsinteresse und die Geistesanstrengungen der westdeutschen Nuklearwissenschaftler. Dort auch befand sich auf dem globalen Wissenschaftsmarkt die lukrative Nische, in die sie mit der Reaktorforschung noch stoßen und in der sie Innovationspotenziale erschließen konnten. Ihr allein ward zudem aufgrund ihrer Normen- und Wertekonvergenz die Chance beschieden, von der gegenüber Atomwaffen eindeutig ablehnend eingestellten Bevölkerung als unterstützenswert akzeptiert zu werden. Daher achteten die Atomforscher nach 1945 auch äußerst penibel darauf, dass ihre wissenschaftlichen Arbeiten nicht in den Zusammenhang von Atomwaffen oder irgendeiner anderen militärischen Verwendung gestellt wurden.

Die Einhaltung dieser Doktrin erwarteten sie im Übrigen auch – und ganz besonders – vom Staat. Heisenberg, der Politikern nicht vertraute, wollte sogar eine Art von Überwachungs- und Steuerungsinstanz errichten, die direkten Einfluss auf die Politik der Bundesregierung ausüben sollte. Doch dieses Konzept eines Deutschen Forschungsrates scheiterte – nicht zuletzt an dem Widerwillen der Regierung selbst. Doch die offenen Ambitionen Franz Josef Strauß', für die Bundeswehr Atomwaffen anzuschaffen, die später von Adenauer nicht dementiert, sondern sogar zusätzlich bekräftigt wurden, standen dem Werben für Vertrauen und dem Kommunizieren von Beschwichtigung vollkommen entgegen. Da die Atomwissenschaftler gegenüber der Bundesregierung über keine exekutive Weisungsmacht verfügten, sondern lediglich in einigen Beratungsgremien ehrenamtlich Sitze bezogen hatten, fehlte ihnen jedoch die Möglichkeit, im Bedarfsfall direkten Einfluss auf die Regierungspolitik nehmen zu können. Inspiriert, ja sogar getrieben durch ihren Strategen und späteren Wortführer v. Weizsäcker, der damit freilich ein ganz eigenes (Karriere-)Interesse verfolgte, obendrein einer alternativen Einflussnahme wie dem Deutschen Forschungsrat entbehrend, ließen sie sich für die Wahrung ihrer Interessen auf die verheißungsvol-

le Waffe des politischen Manifests ein. Dieses stellte im Grunde genommen eine spontane und plakative Gegenmaßnahme zu einem erlittenen Kontrollverlust wissenschaftlicher Expertise gegenüber politischer Regierungsausübung dar.

Die Göttinger Erklärung war insofern – zugespitzt – Kulminationspunkt einer von langer Hand geplanten Public-Relations-Maßnahme der bundesrepublikanischen Atomwissenschaftler, der verschiedene Schritte vorangegangen waren. Als historischer Präzedenzfall von praktischer Kernenergieausnutzung überschattete die Atombombe nach 1945 alle weiteren Verwendungsmöglichkeiten und Entwicklungsvisionen. Die PR war ein Medikament der um ihre Karrieren besorgten Atomforscher, mit dem sie dem von Skepsis bis Panik reichenden Angstspektrum beizukommen suchten. Innerhalb dieser PR-Kampagne war die Göttinger Erklärung eine vertrauensbildende Maßnahme. Darin lässt sich wohl ihr Hauptanliegen sehen. Der Öffentlichkeit sollte unmissverständlich gezeigt werden, dass man sich von Seiten der Wissenschaft durchaus einer Verantwortung bewusst war und dass ein Missbrauch dieses Wissens wenn überhaupt von der Politik ausgehen würde. In dieser Hinsicht versuchten sich die Manifestanten, gegenüber einer Komplizenschaft mit der Politik zu verwahren und sich als vertrauenswürdige Gewährsmänner allgemeiner Sicherheitsanliegen zu präsentieren. Dadurch lässt sich die Göttinger Erklärung als eine erstaunlich interessenpolitische Aktion werten, die eben für einige der Unterzeichner nicht mehr viel mit hehrem Verantwortungsempfinden und plagendem Gewissen zu tun hatte. Sie erwuchs aus den zum Teil eigennützigen Kalkülen einer ressourcenstarken Gruppe, die sich um das Renommee ihrer beruflichen Profession sorgte, in der man sich ebenso vor dem Verlust von Anerkennung für sein Lebenswerk wie vor dem Entzug der Zugangsberechtigung zu seinem Forschungs- und Berufsfeld fürchtete.

Jedenfalls: Mit der Göttinger Erklärung wollte man erreichen, dass den Menschen die klare Unterscheidung in zerstörerische und nutzbringende Atomenergieverwendung nachhaltig ins Bewusstsein übergeht – dass Kernenergie eben nicht nur Menschen vernichten, sondern ihnen auch Wohlbefinden und Segen bringen kann. Nicht mehr hingegen sollten die – steuerzahlenden und wahlberechtigten – Bürger mit den atomaren Kräften die Atombombe konnotieren, sondern in die Lage versetzt werden, kriegerische Anwendung und friedliche im Bereich der Energiegewinnung und Medizin differenzieren zu können. Überdies suggerierte das Manifest im Gegenzug, nicht-militärische Atomkraftverwendung sei gänzlich ungefährlich und in jedem Fall staatlich zu fördern. Die Risiken der zivilen Nutzung zur Energiegewinnung erkannten sie nicht, wahrscheinlicher: verschwiegen sie bewusst; zumindest war ihnen in diesem Punkt wenig an weitblickender Verantwortungsübernahme oder schonungsloser Aufklärung gelegen,

sondern an der Absicherung ihres Interesses an ziviler Kernenergieforschung. Ohne Zweifel wären die achtzehn Manifestanten für die vom nahenden Atomausstieg bedrohten Kernkraftwerksbetreiber, ja für alle Atomkraftbefürworter der Gegenwart perfekte Apologeten und enthusiastische Werber gewesen. Offen vorgebrachte Ambitionen, die sowieso schon kontrovers diskutierte Bundeswehr nun auch noch mit atomaren Waffenarsenalen zu versehen, drohten allerdings, die jahrelangen Bemühungen Heisenbergs und seiner Kollegen schlagartig zu nichte zu machen. Denn mit diesen Ankündigungen gerieten die Forscher selbst in den Verdacht, an geheimen Waffenprojekten beteiligt zu sein. Da bis auf zwei der Achtzehn sämtliche Manifestanten auch während des Zweiten Weltkriegs im Uranverein im Auftrag von Wehrmacht und Regierung an einem offiziell kriegswichtigen Atomenergieprojekt gearbeitet hatten, sie somit eine Vergangenheitslast trugen, war dies umso heikler und problematischer.

Es kam also nicht so sehr allein darauf an, den Menschen nach Hiroshima und Nagasaki eine moralische Orientierung zu geben und ein neues Gefühl von Verantwortung zu etablieren. Die gesellschaftliche Furcht vor Atomwaffen, die obendrein von der Regierungspolitik Adenauers und Strauß' genährt wurde, bedrohte schlichtweg die Zukunftsbedingungen der westdeutschen Nuklearwissenschaft, die sich nur bei Akzeptanz und Unterstützung der wahlberechtigten und steuerzahlenden Bevölkerung würde blühend entfalten können. Dazu aber mussten ihre Protagonisten – weltbekannte Forscherkoryphäen wie Heisenberg und Hahn – ihr einen entsprechenden Ruf und ein ethisch verträgliches Zertifikat der ausschließlich friedlichen Forschungsausrichtung verschaffen. Damit mühten sie sich über Jahre hinweg in Vorträgen, Reden, Artikeln, Aufsätzen und Interviews ab – und eben in der Göttinger Erklärung. Sie sollte von der Bundesregierung einen dauerhaft verbindlichen Verzicht auf atomare Waffen, ein unanfechtbares Testat, erwirken. Denn die bislang gültigen Erklärungen der Regierung bargen zu viele juristische Schlupflöcher, waren zu ambivalent und die internationale Einbindung in restriktive Reglements auf die Dauer zu ungewiss, als dass die Wissenschaftler und ihre Organisationen darüber hinwegsehen konnten.

In der Göttinger Erklärung sprachen die Wissenschaftler als Fachmänner zur Öffentlichkeit und als eine Intervention solcher wurde sie von ihren Rezipienten gemeinhin auch aufgefasst. Doch besonders Heisenberg ließ mit seinem Handeln über Jahre hinweg die Grenzen zwischen Fachmann und Interessenvertreter, die ohnehin schon eng beieinander liegen,¹ verwischen. Als Manifestant trat er in

1 Vgl. Leibholz, Gerhard: Der Einfluss der Fachleute auf politische Entscheidungen, in: Weizsäcker, Carl Friedrich v. et al.: Die politische Verantwortung der Nichtpolitiker. Zehn Beiträge, München 1964, S. 81-96, hier S. 86 f.

der Göttinger Erklärung ausdrücklich als Experte in Erscheinung, doch sein Motiv war im Grunde das eines Interessenvertreters, eines Lobbyisten. Keine andere Funktion sollte das von ihm ausgeklügelte Konzept eines direkt innerhalb der Räumlichkeiten des Bundeskanzleramts verorteten Forschungsrates erfüllen. Heisenberg wollte an der parlamentarisch-demokratischen Entscheidungsfindung vorbei einen in seinen Augen effizienteren, rationaleren und zuverlässigeren Weg etablieren – eben jenen vermeintlich unpolitischer Wissenschaftler. Da die Göttinger Erklärung den Charakter eines Surrogats für dieses gescheiterte Vorhaben besaß, ist sie – nicht allein, aber auch – als kühnes Instrument einer spezifischen Interessen- und auch Machtpolitik zu betrachten. Die in der Einleitung zitierte Lobpreisung der Göttinger Erklärung als ein vom Gewissen diktiert Akt muss deshalb entscheidend relativiert und entmystifiziert werden.

4.1.3 Die Triebkraft des Aufstiegswillens

Und es gab noch einen vierten Typus. Nämlich – zugespitzt – den des ehrgeizigen Karrierebewussten, der sich über die Manifestation, neben nicht zu leugnender moralischer Empörung, auch öffentlich zu profilieren gedachte und seinen eigenen Bekanntheits-, Popularitäts- und Prestigerang – insgesamt: seinen gesellschaftlichen Verkehrswert – zu erhöhen suchte. Konkret war dies Carl Friedrich v. Weizsäcker. Jedenfalls avancierte der ältere Bruder des späteren Bundespräsidenten Richard v. Weizsäcker durch seine maßgebliche Beteiligung als Verfasser und Organisator des Manifests sowie sein Auftreten als Gruppensprecher mithilfe der Göttinger Erklärung zu einem häufig frequentierten Atomwaffen- und Friedensphilosophen. Er besaß die besondere Fähigkeit, wissenschaftliche Grundlagenforschung, wie sie die Physik darstellt, in seinen Überlegungen systematisch mit politischer Anwendung zu verknüpfen und damit intellektuell auf die Notwendigkeit zu reagieren, die nunmehr technisch möglich gewordene Katastrophe – die Vernichtung der menschlichen Spezies durch Kernwaffen – vorauszudenken und verhüten zu helfen.² Derlei taten nach dem Krieg in Westdeutschland nicht Viele. Es bestand daher ein Vakuum an solchen interdisziplinär gebildeten Vordenkern. Einer Verantwortungspflicht nachzukommen, war für viele der Göttinger Achtzehn eine Art berufsethische Obligation, für v. Weizsäcker allerdings war es daneben auch eine Rechtfertigung wie überdies eine Gelegenheit zu eigenem politischen Handeln. Mit friedlicher Atomforschung hatte er zum Zeitpunkt der Göttinger Erklärung als Wissenschaftler längst nichts mehr

2 Vgl. Becker 1982, S. 378.

zu tun, war im April 1957 bereits auf einen Philosophielehrstuhl nach Hamburg berufen worden.

Die Motive aller anderen Manifestanten verschafften ihm eine legitimierende Plattform, auf deren Basis er atompolitisch öffentlich in Aktion treten konnte. Mit dem Manifest instrumentalisierte er gezielt den Wunsch seiner Kollegen nach öffentlicher Stellungnahme – und mit Erfolg – als persönliches Karrierevehikel. Von Weizsäcker erwies sich dabei als ein fast so guter Aufmerksamkeitsökonom, wie es ein herkömmlicher Berufspolitiker gemeinhin ist. Ihm gelang mit der Göttinger Erklärung ein fulminanter Reputationsgewinn, der seine späteren Arbeiten zu viel rezipierten Werken empor steigen ließ, seine Bedeutung als Intellektueller begründete. Von da an richteten sich auf seine Stellungnahmen, Expertisen und Theorien nicht nur die interessierten Augen einer in sich geschlossenen Fachwelt wie die Kernphysik oder Astronomie. Nein, v. Weizsäcker erlangte eine weit über die kollegiale hinausreichende gesamtgesellschaftliche Aufmerksamkeit – in unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen genauso wie in der Politik. Von Weizsäcker profitierte davon, dass im Atomwaffendiskurs bis dahin nicht inflationär Gedanken ventiliert worden waren, es sich noch um ein junges, interpretationsbedürftiges Thema handelte. Seine Kompetenz war dadurch – jedenfalls im Nachkriegsdeutschland – weitgehend exklusiv und verschaffte ihm Distinktion, fundamentierte seinen Status als wichtige Persönlichkeit bundesrepublikanischer Geschichtsschreibung – samt allen mit diesem Status verbundenen Annehmlichkeiten wie Lobreden, Erinnerungswerke und lexikalische Einträge. Die Göttinger Erklärung verhalf ihm zum Durchbruch, machte ihn prominent und verlieh ihm eine über sein weltliches Dahinscheiden fortdauernde Popularität und Wertschätzung.

Selbstverständlich lassen sich auch Zwischentypen ausmachen, können einige Manifestanten in mehreren Motivklassen verortet werden. Otto Hahn z.B. hatte eine – mithin traumatische – Erfahrung gemacht, da es schließlich seine Entdeckung der Kernspaltung im Jahr 1938 gewesen war, welche den Bau einer Atombombe überhaupt erst ermöglicht hatte. Hahn aber wollte bestimmt nicht als der Begründer des *Atomwaffen*-, sondern des *Atomenergiezeitalters* in das historische Gedächtnis Eingang finden. Auch graute es ihm bei dem Gedanken, die wissenschaftlichen Grundlagen für die Vernichtung zehntausender Menschenleben bereitgestellt zu haben. Dies war der moralische, gewissenhafte Teil von Hahns Engagement. Dieser ist allerdings im Zusammenhang mit seiner Präsidentschaft in der Max-Planck-Gesellschaft zu sehen, als deren Repräsentant er staatliche Forschungsgelder aufzutreiben hatte. Dazu benötigten die dort organisierten Forschungsbereiche allerdings ausreichend gesellschaftliche Akzeptanz; man durfte in diesem Zusammenhang als Wissenschaftler im Nachkriegs-

deutschland nicht im Verdacht militärischer Auftragsarbeit stehen. Auch drohte jederzeit – zumindest in den Augen vieler Wissenschaftsorganisatoren – die Gefahr, durch ein ob geheimer deutscher Atomwaffenforschung aufgeschrecktes Ausland neuerliche Beschränkungen auferlegt zu bekommen. Hahn agierte also innerhalb der Manifestantenschaft als Mesotyp, bei dem sich moralisch-altruistische Interessen mit lobbyistisch-eigendienlichen vermengten. In jedem Fall stellt sein Handeln aber das über ihn gefällte Urteil in Frage, die Beteiligung an der Göttinger Erklärung sei ein „eindeutiger Vorgang höherer ethischer Verantwortung“³ gewesen.

Eine grundsätzliche Bereitschaft aller Manifestanten, sich in der Öffentlichkeit gegen die Regierung zu wenden, ist überdies in einer sukzessiv erlittenen Enttäuschung durch die gouvernementale Politik zu sehen. In nicht geringem Maße lässt sich die Göttinger Erklärung aus einer Psychologie der Deprivation ableiten – eines gravierenden Gefühls von Benachteiligung, Blockierung, Statusverlust und -sehnsucht. Die westdeutschen Nuklearwissenschaftler mussten eine schwer erträgliche Statusdifferenz zu nunmehr elitären und tonangebenden Forscherkollegen im Ausland erdulden, die ehemals noch in Deutschland – z.T. von ihnen selbst – ausgebildet worden waren. Was die westdeutschen Atomwissenschaftler seit 1945 erlebten, war eine sich schnell vollziehende Deklassierung einer einstigen Forscherelite, welcher der Staat trotz verfügbarer Mittel keine angemessenen Maßnahmen entgegenzusetzen schien. Dies ist deshalb von großer Brisanz, weil sich in den 1950er Jahren durchaus aussichtsreiche Möglichkeiten eines Comebacks der deutschen Atomwissenschaft einstellten. So gab es zwar im Ausland eine Reihe verschiedener Reaktortypen, doch stand deren technische Reife noch aus – ein Defizit, das von den deutschen Wissenschaftlern hätte bewältigt werden können.

Auf diesem Feld wäre es also für Spezialisten ziviler Atomkraftnutzung noch möglich gewesen, Erfolge zu erringen und Innovationspotenziale auszuschöpfen. Kein Sachverständiger hegte damals irgendwelche Zweifel ob der Anschlussfähigkeit der Bundesrepublik an internationale Trends, wenn man nur rechtzeitig die adäquaten Maßnahmen ergreifen würde. Doch genau dies versäumte die Politik. In den Augen der Atomwissenschaftler musste dies in etwa folgendermaßen ausgehen haben: Während die paralysierte Atomforschung dringend der Belebung durch staatliche Gelder bedurfte, ließ Adenauer lieber über mehrere Jahre hinweg überschüssige Steuermittel in selten dagewesener Höhe in einem un-

3 Zu einem solchen erhob es Hanns Lilje, der ehemalige stellvertretende Ratsvorsitzende der EKD, in einer Schrift zum Gedenken Otto Hahns im Jahr 1968; Hahn 1975, S. 258.

durchsichtigen Wiederbewaffnungsfonds für die Finanzierung der militärischen Rüstung horten – dem sogenannten Juliusturm. Allein schon deshalb musste man als ausschließlich an ziviler Forschungsausrichtung interessierter Wissenschaftler gegenüber Atomwaffen, deren Anschaffungskosten bei einigen Millionen Mark lagen – polemisch eingestellt sein. Besonders markant kommt der Einstellungswandel der Wissenschaftselite, die zum Zeitpunkt der Gründung des bundesrepublikanischen Staats noch hoffnungsfroh gestimmt war, in dem Schicksal und Verhalten Werner Heisenbergs zum Ausdruck. Er wandelte sich von Adenauers Chefberater in atompolitischen Angelegenheiten zu einem im Kanzleramt und einigen Ministerien unbeliebten Querulanten und scharfen Gegner der Bundesregierung. Der Nobelpreisträger steht damit exemplarisch für die sukzessiv aufgeladene Enttäuschung über die Politik der Adenauer-Regierungen während der 1950er Jahre.

Heisenberg versprach sich zu Beginn des ersten Jahrzehnts der Bundesrepublik viel von Adenauer: Millionensummen für Forschungsmaßnahmen, die er selbst als Präsident des Forschungsrates würde verteilen dürfen; Einfluss auf politische Entscheidungen sowieso. Das Verhalten des Bundeskanzlers gab für diesen zutraulichen Glauben auch allen Grund. Hatte Adenauer doch sehr früh Heisenberg zum westdeutschen Chefunterhändler in internationalen Atomfragen ernannt. Dieser erbrachte – ganz nach dem Funktionsprinzip von Reziprozität – dem Kanzler den einen oder anderen Gefallen, etwa wenn er während einer außenpolitisch angespannten Phase wie die Aushandlung der Pariser Verträge dem Wunsch Adenauers Folge leistete und auf öffentliche Vorträge über die Schrecknisse eines möglichen Atomkriegs verzichtete.⁴ Doch in mehreren Etappen enttäuschte der Bundeskanzler Heisenbergs Erwartungen auf Gegenleistungen brüsk: Dem Forschungsrat Heisenbergs sprang Adenauer im entscheidenden Moment nicht an die Seite, um ihn vor dem organisatorischen Exitus durch die Fusion mit der Notgemeinschaft zu bewahren; das nuklearwissenschaftliche Großforschungszentrum legte er wider Heisenbergs Wunsch nicht in dessen Heimatstadt München, sondern nach Karlsruhe; und Milliarden von Mark gab es nicht für die Atomforschung, sondern für die Wiederaufrüstung. Da Heisenberg alter Mentor und privater Freund des Manifest-Managers v. Weizsäcker war und zudem innerhalb der bundesrepublikanischen Atomwissenschaftlertilde großen Einfluss besaß, ist dies nicht unerheblich für das Zustandekommen des Mani-

4 Adenauer suchte zu verhindern, dass durch einen Vortrag eines westdeutschen Atomphysikers zu einer Zeit, in der Atomforschung in der Bundesrepublik besatzungsstatutarisch untersagt war, besonders in der ausländischen Öffentlichkeit der Eindruck von Regelwidrigkeit und Gefahr entsteht; vgl. Hermann 2007, S. 100 f.

fefts. Hätte Heisenberg zu einem glühenden Fürsprecher der von Adenauer und Strauß betriebenen Atompolitik gezählt, statt ob dieser außerordentlich verstimmt gewesen zu sein, so wäre die Göttinger Erklärung zumindest unwahrscheinlicher geworden.

Die Einrichtung des Atomministeriums im Jahr 1955 schien dann zunächst einen fulminanten Aufschwung, eine wissenschaftspolitisch lange überfällige Kehrtwende zu bedeuten, doch blieb auch diese staatliche Maßnahme nicht ohne negative Folgen. Die DFG, zentraler Interessenpatron der Nuklearforscher, wurde in diesem Zuge von der Bundesregierung hinsichtlich ihrer Budget- und Geldverteilungskompetenzen, die nun in den Kompetenzbereich eines Bundesministeriums wanderten, schlechterdings ausgebootet. Auch die großen Wissenschaftsorganisationen DFG und MPG, in deren Leitungsgremien die Manifestanten über großen Einfluss verfügten, waren infolgedessen mit der Adenauer'schen Forschungspolitik höchst unzufrieden.

Es handelte sich bei den achtzehn Professoren somit um Angehörige einer blockierten Elite, die seit 1945 an ihrer Statusdiskrepanz mit zunehmender Intensität litt und deren Agens in der Wahrnehmung wurzelte, von der regierenden Politik nicht mit der gebührenden Aufmerksamkeit und Unterstützung bedacht worden zu sein. Allesamt galten sie als herausragende Spezialisten und talentierte Nachwuchsakademiker ihres Fachs, denen jedoch in Ermangelung ausreichender Forschungsbudgets der Anschluss an das Forschungsniveau des Auslands über lange Jahre verwehrt blieb. Demgegenüber beschränkte sich Adenauers atompolitisches Handeln auf beschwichtigende Absichtserklärungen. Erst als es um militärische Maßnahmen ging, um den autonomen Besitz eines eigenen Atomwaffenarsenals, schien die Bundesregierung ihre abwartende Haltung plötzlich zu ändern und einen gänzlich anderen Elan zu zeigen. Die Gleichzeitigkeit von dringlichen Forderungen der Wissenschaftler nach Bewegung und die von den verantwortlichen Politikern als verengt geschilderten Räume politischen Handelns, die mit Rücksicht auf Außen- und Sicherheitspolitik angeblich statische Zustände verlangten, erzeugten zwischen den beiden Seiten einen für den späteren Konflikt bedeutsamen Dissens. Auf ihre Weise reagierten die Achtzehn typisch für eine enttäuschte und paralysierte Elite: verdrossen, zynisch und aggressiv.

Als eine generelle Ursache des vielschichtigen Wissenschaftlerverdrusses lässt sich wohl außerdem ein Unverständnis, vielleicht sogar eine empörte Ablehnung gegenüber den Eigentümlichkeiten und Irrationalitäten des politischen Betriebs – Wahltaktik, Kompromisse, Proporze und die von Außenstehenden selten nachvollziehbare Logik parlamentarischer und parteipolitischer Aushandlungsprozesse – ausmachen. Politikeigene Rationalitäten wie Wahlkampfstrate-

gien, demoskopische Stimmungen, die Beachtung vielfältiger Interessen oder auch die häufig nach sachlichen Maßgaben irrational anmutende Prioritätensetzung innerhalb der Politik erschienen den Atomwissenschaftlern schlichtweg absurd; für so etwas konnten sie, die aus ihrem Berufsfeld exakte Messung, objektives und ideologiefreies Denken gewohnt waren, einfach kein Verständnis aufbringen. Die Adenauer'sche Regierungspolitik akkumulierte in den Jahren bis 1957 auf Seiten der Kernphysiker ein gehöriges Maß an Unzufriedenheit mit dem Arbeitsergebnis der politischen Elite. Insofern war die Göttinger Erklärung auch zum Teil die Eruption eines revanchistischen Bedürfnisses, die erlittenen Niederlagen gegenüber der Politik zu vergelten.

Da die Atomforscher zudem über keine geeignete politische Repräsentanz in den parlamentarischen und exekutiven Sphären der Politik verfügten, die Opposition noch dazu schwach war, sahen sie sich – wie sie es selbst gerne darstellten – zu staatsbürgerlicher Initiative genötigt. Vergeblich hatten Heisenberg und seine Kollegen auf nationaler Ebene nach einer politischen Vertretung ihrer Belange gesucht. Die Göttinger Achtzehn traten gleichsam als politische Seiteneinsteiger für den Moment und in eigener Sache auf, bewiesen überdies Geschicklichkeit im Umgang mit den Medien – bekanntlich eine Kernkompetenz professioneller Politiker. Ungereimtheiten in der Politik waren quasi der Motor dieses zivilgesellschaftlichen Engagements.

Die genauere Analyse der Göttinger Erklärung hat gezeigt, dass diese Schrift sich unterschiedlichen Beweggründen verdankt, die eben keinesfalls nur altruistischer Provenienz, sondern durchaus auch selbstbezogen waren. Schon das auffällige Faktum, dass sie eine spezifische, nicht aber allgemeine Warnung vor den Gefahren der Atomtechnologie aussprach, macht sie dahingehend verdächtig. Die bekanntlich erheblichen Risiken von Energie erzeugenden Kernreaktoren erwähnte das vorgeblich aufklärerische Manifest jedenfalls mit keinem Wort. Allein die Bundesregierung sollte als verantwortungsloser Akteur diskreditiert werden, der eine eigentlich segensreiche Technologie aus machtpolitischen Motiven pervertierte, zudem einem überkommenen Gedankengut längst obsolet gewordener Ansichten anhing. Die Schrift prangerte die militärische Kernenergieverwendung als moralisch inhuman und leichtsinnig an. Die zivile, durch zahlreiche Reaktorunfälle mittlerweile erwiesenermaßen ebenso gefährvolle Nutzung atomarer Kräfte blieb demgegenüber von ihr damals gänzlich ausgeblendet. Zumindest von potenziellen Risiken der zivilen Nuklearenergienutzung besaßen

aber die Atomwissenschaftler auch schon in den 1950er Jahren Kenntnis.⁵ Die Göttinger Erklärung machte deshalb vielleicht weniger die Probleme einer politischen Absicht des Kanzlers und seines Verteidigungsministers als denn den seit Längerem latent schwelenden Konflikt der Atomwissenschaftler mit der Bundesregierung manifest.

Vieles in dieser Arbeit Geschriebene mag unter Umständen wie der böswillige Versuch einer Demontage des Mythos der Göttinger Achtzehn anmuten. Auch dürften einige Bewertungen, Gewichtungen und Urteile hart, mitunter überzogen ausgefallen sein. Die starke Betonung selbstdienlicher Motive, die Herabstufung und Hinterfragung des gewissensgesteuerten Handelns mögen befremden. Und natürlich sollen hier keinesfalls alle moralischen Beweggründe geleugnet werden, waren mindestens einige der Manifestanten doch zweifellos auch vom Gewissen getrieben. Ja, die Göttinger Erklärung als solche war, ungeachtet ihrer Ursachen, eine in der Öffentlichkeit wahrgenommene Verantwortung von Wissenschaftlern. Doch in der Tat lässt sich das Motiv der Verantwortung mit genauso geringer Verlässlichkeit messen wie etwa jenes eines Elitenverdrusses. Allerdings lassen sich für alle genannten Triebfedern zumindest stichhaltige Indizien anführen. Das Gemüt der Manifestantenschaft ist komplex. Nicht allein das Gewissen, sondern auch – wenn nicht sogar noch viel mehr – das karrieristische Interesse am beruflichen Fortkommen waren bei diesem politischen Manifest Imperative des Handelns. Die Göttinger Achtzehn waren nicht ausnahmslos Olympiers der Moral, keine ausschließlich zivilcouragierten Helden. Und deshalb gilt es die optimistische Auffassung, die Göttinger Erklärung sei seinerzeit von einem „neuen Verantwortungsbewusstsein für das eigene Tun“⁶ durchtränkt gewesen, zu relativieren.

4.2 DIE GÖTTINGER ERKLÄRUNG ALS EIN POLITISCHES MANIFEST

4.2.1 Erfolgsfaktoren

Politische Manifeste, so kann man zumindest am Beispiel der Göttinger Erklärung lernen, müssen nicht aus den offiziell genannten oder von außen zuge-

5 Vgl. z.B. Langendorff, H.: Schutz gegen Atomgefahren, in: Die Atomwirtschaft, Jg. 1 (1956) H. 1, S. 19 f.; o.V.: Strahlengefahren, in: Die Atomwirtschaft, Jg. 1 (1956) H. 12, S. 403.

6 Hentschel 2005, S. 168.

schriebenen Anlässen entstanden sein, sind mithin multimotiviert. Was aber konnte nun, über die konkreten Beweggründe und die Feststellung eines eben nicht nur einseitig motivierten Engagements hinaus, für die theoretische Ausdeutung des Phänomens „politisches Manifest“ an Erkenntnissen gewonnen werden?

Da wäre zunächst einmal die innere Organisation. Nicht alle achtzehn Manifestanten waren daran beteiligt, viele akklamierten den Text lediglich durch ihre Unterschrift. In Carl Friedrich v. Weizsäcker gab es einen Hauptverantwortlichen, eine zentrale und unverzichtbare Figur. Er war gleichsam universell der Autor, literarische Verfasser und die geistige Quelle der darin enthaltenen Gedanken. Die ansonsten berufenen Manifestanten teilten entweder aktiv die Überlegungen oder akzeptierten sie passiv. Daneben standen einige wenige Koautoren sowie mit Hahn, Born und Heisenberg zugkräftige Multiplikatoren und „Testimonials“, die bei der Mobilisierung und Medienplatzierung halfen. Über den Inhalt hatten die beiden Freunde und langjährigen Weggefährten Heisenberg und v. Weizsäcker bereits seit Längerem intensiv Gedanken ausgetauscht. Achtzehn Mann traten in der Öffentlichkeit als eingeschworene Aktionsgemeinschaft in Erscheinung, doch fiel das Unternehmen de facto auf das engagierte Handeln eines kleinen „inner circle“ zurück.

Die Göttinger Achtzehn reüssierten überdies, indem sie im Stile sachlicher Darlegung und gestützt auf ihre akademischen Zertifikate seriös einer diffusen Atomangst Gehalt und Autorität verliehen und ein latentes Bedürfnis nach Deutung und Aussprache befriedigten. Sie unterfütterten ihr Aufbegehren mit sachlichen Argumenten und verzichteten auf populistische Emotionalität. Die Pressekommentatoren insbesondere der regierungsfreundlichen Gazetten goutierten diesen Duktus des akademischen Protests. Gerade in der „nüchternen Betrachtungsweise der Politik und des Militärs“⁷ habe das Verdienst der Göttinger Achtzehn gelegen. Offenkundig wirkte sich der Verzicht auf polemische Regierungsschelte, ideologische Phraseologie und schillernde Wortwahl prononciert positiv aus.

Die strukturelle Gestaltung des Manifests liefert ebenfalls wertvolle Informationen für die Erklärung dessen Erfolgs. Obgleich das Manifest von einer seltenen Konstellation günstiger Faktoren wie etwa eine politisch angespannte Wahlkampfzeit profitierte, enthielt sein Design doch wichtige Erfolgsvoraussetzungen: die Beschränkung auf realisierbare politische Forderungen und die Akzentuierung persönlichen Engagements der Manifestanten. Damit unterschied es sich von vorangegangenen Manifestationen wie der Mainauer Kundgebung oder

7 O.V.: Ein Alarmruf, in: Die Welt, 13.04.1957.

dem Russell-Einstein-Appell. Auch existierte keine Parallelaktion anderer Manifestanten, sodass es zu keiner Konkurrenz um die knappe Aufmerksamkeit der Medien kam.

Im Vergleich mit der ähnlich lautenden Kundgebung von der Mainau aus dem Jahr 1955, die das inhaltliche Fundament für die Göttinger Erklärung gelegt hatte, ließen sich auffällige Unterschiede herausfinden, denen man entscheidende Erfolgseffekte zuschreiben kann. So nahm das 1957er Manifest keine Generalisierung mehr vor, sondern richtete sich spezifisch an die Regierung der Bundesrepublik und forderte eine politisch umsetzbare, nicht aber eine unerreichbar-utopische Maßnahme. Überdies kündigten die Unterzeichner persönliche Konsequenzen im Falle einer Nichtachtung an. Diese drei Parameter verhalfen der Göttinger Erklärung anscheinend zu einer besonderen Qualität, die dem Manifest, eingebettet in ein günstiges Umfeld, eine weitaus größere Brisanz verlieh, als vormalig von dem Mainauer Appell ausgegangen war.

Im historischen Vergleich lassen sich einerseits Unterschiede zur Mainauer Kundgebung, andererseits aber auch Gemeinsamkeiten zum „Krefelder Appell“ des Jahres 1980 ausmachen. Im November 1980 forderten friedensbewegte Bürger: „Keine Atomraketen in Europa!“, denn: „Der Atomtod bedroht uns alle.“ Diese Krefelder Appell getaufte Schrift war „Kern einer massenmobilisierenden Protestbewegung gegen die Nachrüstungspolitik“ und geriet für die Regierung Helmut Schmidts zur „Herausforderung“.⁸ In einer Reihe vieler Aufrufe der Friedensbewegung stach er als ein besonders erfolgreicher hervor. Dabei schöpfte der Appell seine Kraft aus ähnlichen Quellen wie die Göttinger Erklärung. Erstens bot er viele prominente Personen auf, die im Gegensatz zu den Unterzeichnern anderer derartiger Aufrufe nicht der Loyalität zu kommunistischen, von Moskau aus gesteuerten Organisationen verdächtigt wurden und so dem Text zu mehr öffentlicher Reputation verhalfen. Zweitens hatte sich das Krisenbewusstsein der Bevölkerung gewandelt, waren die Bürger durch die wechselseitigen Raketenstationierungen von sowjetischen SS-20 und US-amerikanischen Pershing-II in Unruhe, bisweilen sogar Angst versetzt worden; dadurch traf der Ruf nach Abrüstung auf großes Interesse und eine breite Zustimmung. Und drittens beinhaltete das Krefelder Manifest taktische Elemente, die denen ähnelten, die v. Weizsäcker über zwanzig Jahre zuvor angewendet hatte. Auch die Krefel-

8 Jäger, Wolfgang/Link, Werner: Republik im Wandel. 1974-1982. Die Ära Schmidt, Stuttgart/Mannheim 1987, S. 199; zum Folgenden siehe auch Walter, Franz: Manifest der Friedensbewegung im Herbst der Kanzlerschaft Schmidt. Der „Krefelder Appell“ von 1980, in: Klatt/Lorenz (Hg.) 2011, S. 255-284.

der wandten sich als „Deutsche [...] zuerst an die eigene Regierung“⁹, ermittelten also mit Schmidts Kabinett einen konkreten Verantwortlichen.

Doch zurück zur Göttinger Erklärung. Neben der stilistischen Formgebung und des inhaltlichen Arrangements der Manifest-Schrift waren ihre Unterzeichner, die Manifestanten, besonders erfolgsrelevant. Das Unterzeichnerkollektiv war keine zufällig zusammengewürfelte Ansammlung renommierter Namen, sondern eine Gruppe persönlich untereinander bekannter, über gemeinsame Gremien- und Forschungsarbeiten biografisch und karrieristisch langjährig miteinander verwobener Personen. Die Gruppe kannte sich aus anderen Kontexten und war keinesfalls eine Ad-hoc-Gründung. Die wissenschaftlichen Zertifikate, die Prominenz und das Prestige einiger Nobelpreisträgerschaften sowie nicht zuletzt ihre unbestreitbare Fachkompetenz verliehen ihnen in der atompolitischen Streitfrage besondere Autorität und Glaubwürdigkeit, ließen ihre Ansichten in der Öffentlichkeit aufmerksames Gehör finden. Namen wie Hahn, Born, v. Laue und Heisenberg waren gewissermaßen Garanten für Seriosität und Rechtmäßigkeit der vorgebrachten Anliegen. Aufgrund ihrer eigenen Bürgerlichkeit überdies nicht in den Verdacht eines Protests im Auftrag einer politischen Gegenkraft geratend, stießen die achtzehn Manifestanten in der Bevölkerung auf ein hohes Zustimmungspotenzial. Ihre Herkunft aus einem nichtpolitischen Gebiet, gepaart mit einer zu den Regierungsparteien konvergenten Schichtzugehörigkeit, erschloss eine überaus ergiebige Quelle von Akzeptanz und Empathie. Die Manifestanten konnten glaubhaft den Nachweis der politischen Überparteilichkeit erbringen. Sie waren eben keine weltabgewandten Querköpfe, die ohnehin in suspekter Weise utopischen Idealen anhängen und dabei irgendwie merkwürdig anmuteten. Man kann folglich mit einiger Sicherheit behaupten, dass das Manifest in nicht geringer Weise von den individuellen Ressourcen seiner Manifestantenschaft profitierte, die Unterzeichner folglich ein bedeutsamer Erfolgsfaktor von Manifesten sind.

Das virtuose Fachwissen der Atomwissenschaftler schützte sie allerdings nicht vor der Kritik, sich mit einer politischen Stellungnahme in einen fachfremden Bereich, auf fremdes Terrain, begeben zu haben. Besonders Strauß und Adenauer nahmen die bewusst herausgehobene apolitische Haltung der Professoren zum Anlass, ihnen jegliche Kompetenz in der Diskussion sicherheits- und außenpolitischer Fragen abzuspochen. Diese Kritik erwies sich jedoch schon nach kurzer Zeit als unzureichend, um die Attacke der Göttinger Achtzehn in den Medien zu parieren. Nicht einmal der im „negative campaigning“ für ge-

9 Gert Bastian zitiert nach Kröncke, Gerd: Spät regt sich die SPD, in: Süddeutsche Zeitung, 04./05.07.1981.

wöhnlich geschickte Adenauer vermochte es also, die Manifestanten politisch in Misskredit zu bringen.

So wie es unterschiedliche Motivtypen und deren Personifizierungen gibt, lassen sich auch Rollen im „Schauspiel“ des politischen Manifests erkennen. Hahn, „dessen moralische Integrität in der Welt so unbestritten ist, dass sich im schlimmsten Nachkriegsgetümmel keine ernsthafte Stimme“¹⁰ gegen die ihm zuteil gewordene Nobelpreisverleihung erhoben hatte; Born, der unter persönlichen Opfern als NS-Verfolgter nach England emigriert war, die britische Staatsbürgerschaft angenommen hatte und als ausgewiesener Pazifist galt; und v. Laue, der sich während der nationalsozialistischen Regimezeit als „Hort der Unterdrückten, als Ritter ohne Furcht und Tadel“¹¹ verhalten habe – sie waren gewissermaßen die Köpfe und Gesichter der Manifest-Aktion, die moralische Integrität repräsentierten. Mit ihrem Verhalten und den Erlebnissen der Vergangenheit verliehen sie dem Ganzen ein Antlitz des ethisch Korrekten. Heisenberg stand darüber hinaus für die wissenschaftliche Autorität, die sich hinter den inhaltlichen Aussagen verbarg. Und v. Weizsäcker trat als mediengewandter Organisator und Sprecher der Achtzehnergruppe auf.

Auffällig ist aber auch, dass sich die Achtzehn als Gruppe verfestigten und sich in den folgenden Jahren in bestimmten Fragen intern berieten. Es handelte sich um eine – partiell auch schon zuvor bestehende – Allianz, die sich zwar im geschlossenen Kreis beratschlagte, sich trotz einiger Versuche allerdings nicht mehr zu einer weiteren Kollektivaktion bereitfand. Ein zweites Manifest der Göttinger Achtzehn nach dem April 1957 scheiterte übrigens genauso an egoistischen Motiven, wie sie das erste zum Teil hatten zustande kommen lassen. Karl Wirtz bspw., der zwischenzeitlich zum Leiter des großen Kernforschungszentrums in Karlsruhe aufgestiegen war und in diesem Zuge karrieristische Genugtuung erfahren hatte, zeigte bezeichnenderweise keine Bereitschaft mehr zu einer öffentlichen Kritik an der Regierungspolitik.¹² An Wirtz' Verhalten lässt sich besonders illustrativ die mitunter tendenziell eher nicht auf Verantwortung gründende Motivlage der Manifestanten nachvollziehen. Nicht zuletzt egoistische Motive hatten das politische Manifest bewirkt, egoistische Motive waren es auch, die Wirtz dereinst zu der Manifestation auf Distanz gehen ließen. Kein Wunder, war er doch als wissenschaftlicher Leiter des Kernforschungszentrums Karlsruhe am stärksten an öffentlicher Atomkritik desinteressiert und in eine Stellung gelangt, in der ihm an einer reibungslosen Zusammenarbeit mit den

10 O.V.: ... und führe uns nicht in Versuchung, in: Der Spiegel, 08.05.1957.

11 Zitiert nach Hildebrandt 1987, S. 235.

12 Vgl. Kant 2007, S. 13; Rese 1999, Fußnote 853/S. 196 f. sowie S. 198 f.

Staatsstellen, den öffentlichen Geldgebern also, gelegen sein musste. Denn Wirtz war von der Furcht ergriffen, der Protest gegen militärische Nutzung könnte sich alsbald auch gegen die zivile Verwendung richten, also eine generelle Anti-Atom-Attitüde annehmen. Konsequenz war lediglich seine Orientierung an karrieredienlichem Verhalten.

Sodann gab es weitere, eher extern in dem gesellschaftlichen Umfeld und dem historischen Zeitpunkt zu verortende Erfolgsfaktoren. Beinahe unabhängig von ihrem Inhalt haftete der Protestschrift ein natürliches Sensationspotenzial an. Denn es war Wahljahr und die verhältnismäßig ereignisarmen Osterfeiertage standen bevor. Dies war folglich eine terminlich überaus günstige Konstellation, um in den Medien eine politische Attacke auf die Bundesregierung zu platzieren. Eben deshalb fand man in Adenauer einen namentlich benennbaren sowie in Popularität und Zustimmung politisch verwundbaren Kontrahenten vor. Außerdem deutete zum damaligen Zeitpunkt demoskopisch noch kaum etwas auf den überwältigenden Wahlsieg der Union im Herbst 1957 hin, schien der Kanzler geschwächt zu sein. Zudem bot Adenauer gewillten Gegnern mit seiner euphemistischen Äußerung von der Atomartillerie eine vorzügliche Angriffsfläche, eine Möglichkeit, seine Politik und Person konkret und namentlich zu skandalisieren und so den Kanzler negativ in die Schlagzeilen zu bringen. Ein solchermaßen gegenständlicher Ansatzpunkt hatte sich den vorangegangenen Manifesten nicht geboten.

Die Göttinger Erklärung bezog enormen Zündstoff und große mediale Beachtung aus der Bezugnahme auf ein konkretes, gerade aktuell gewordenes Vorhaben der Regierung. Aktualitäts-, Objekt- und Nationalitätsbezug waren derart geschickt gewählt worden, dass man eine starke Betroffenheit der Zielgruppe, der bundesrepublikanischen Bevölkerung, erwirken konnte – kurzum besaß die Erklärung einen hohen Nachrichtenwert. Hinzu kam die kommunikative Überzeugungsmacht vom Schutz von Menschen¹³, dem Streben nach Selbsterhaltung der eigenen Spezies, die ebenfalls ein extrem großes Ausmaß an Betroffenheit herstellte. Darin unterschied sich die Göttinger Erklärung von anderen Wissenschaftlermanifesten mit Stellungnahmen gegen Atomwaffen, die häufig pauschal an alle Regierungen der Welt appelliert hatten. Außerdem traf das Manifest, wie Umfragen belegen, auf eine günstige Bevölkerungsstimmung. Da über die Hälfte der Bürger gegen Atombewaffnung eingestellt war, existierte für die Ansichten der Atomwissenschaftler offenkundig ein gehöriges Majoritätspotenzial. Dieses bedurfte lediglich einer wirkungsvollen Aktivierung. Insoweit kanalisierte das Manifest bereits vorhandene Strömungen. Die Atomwissenschaftler boten für

13 Vgl. dazu Zimmermann 2008, S. 15.

eine gestaltlose, diffuse Atomangst eine begreifliche Deutungsvariante an und skizzierten ein ebenso anschauliches wie plausibel anmutendes Gefahrenszenario.

Die Göttinger Erklärung begründete ihre Wirkung, so lässt sich abschließend resümieren, in erster Linie durch ein harmonisches Zusammentreffen, eine fruchtbare Koinzidenz der gesellschaftlichen Situation, des Erkennens eines Gelegenheitsfensters durch die Manifestanten und die im Manifest enthaltene Botschaft. Über diese spezifische Erfolgskonstellation hinausgehend, lässt sich am Beispiel der Göttinger Erklärung zum theoretischen Verständnis von politischen Manifesten Folgendes festhalten: Die Voraussetzungen für die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit – dabei zuerst durch die Medien, zivilgesellschaftlichen und staatlichen Institutionen – und eine Reaktion durch die Politik liegen in der thematischen Brisanz, der Anwesenheit eines verwundbaren Kontrahenten und der angemessenen Seriosität der Manifestantenschaft.

4.2.2 Die Konsequenzen eines politischen Manifests

Die Wirkungsbedingungen sind damit benannt. Doch wie sieht es nun mit den Wirkungen selbst aus? Welche Effekte zeitigte die Göttinger Erklärung, soweit sich dies überhaupt feststellen lässt?

Ein biografisches Ereignis

Beginnt man mit ihren Unterzeichnern, so lässt sich sagen, dass die Manifest-Aktion nicht spurlos an den Manifestanten vorüberging und für sie nicht ohne persönliche Konsequenzen blieb. Für den Initiator und koordinierenden Akteur des Göttinger Manifests, Carl Friedrich v. Weizsäcker, war die Manifest-Aktion ein Vehikel. Aus ihr bezog er – man möchte sagen: gezielt – sehr karriereförderliche Vorteile. Die Göttinger Erklärung brachte ihn in den viel frequentierten Medien der Tagespresse ins Gespräch und profilierte ihn als eine Persönlichkeit, die offenkundig interessante und gewinnbringende Interpretationen zu dem neuen Phänomen einer permanent von Massenvernichtungswaffen bedrohten Menschheit parat hielt. Als interdisziplinär gelehrter und geprägter Experte schienen seinen Überlegungen tiefe Einblicke in unterschiedlichste Themenfelder zugrunde zu liegen. Mit diesem Pfund konnte der später als Universalgelehrte Bewunderte in den folgenden Jahrzehnten wuchern und nach etlichen Jahren am kernphysikalischen Institut seines nobelpreistragenden Mentors Heisenberg einen neuen, selbstständigen Karriereweg einschlagen. Für v. Weizsäcker jedenfalls war die Göttinger Erklärung eine äußerst vorteilhafte Grundlage für sein späteres Wirken als Friedens- und Gesellschaftsphilosoph. Er avancierte binnen

kurzer Zeit zu einem „Atomwaffenphilosophen“, dessen Statements und Thesen von seiner wissenschaftlichen Autorität als untermauert galten.

Otto Hahn – um ein weiteres Beispiel persönlichen Gewinns anzuführen – stieg mit seiner Beteiligung an der Göttinger Erklärung in neue Sympathieebenen hinauf, seine moralische Integrität und sein ohnedies stattliches Ansehen in der Öffentlichkeit wurden durch das Manifest nochmals gemehrt. Dass sein Handeln nicht nur im Dienste eines verehrungswürdigen Verantwortungsethos, sondern eben auch der Max-Planck-Gesellschaft stand, konnte man sich nach dem April 1957 kaum mehr vorstellen.

Alle achtzehn Manifestanten gingen biografisch mit der Manifestation des 12. April 1957 eine Verbindung ein. Mit den immer wiederkehrenden Jubiläen der Manifest-Schrift finden auch ihre Namen in den Zeitungen und Dokumentationen Erwähnung. Andersherum taucht selten eine Biografie eines „Achtzehners“ auf, in dem diese Episode nicht berücksichtigt wird. Alle achtzehn Manifestanten qualifizierten sich dafür, als in schwierigen Zeiten außergewöhnliche Courage zeigende Bürger porträtiert zu werden, die sich mutig einer für falsch und Existenz bedrohend befundenen Politik entgegengestellt hatten, deren Namen mit eigenen Artikeln Eingang in Lexika fanden.

Stärkung des Risikobewusstseins trotz politischer Niederlage

Welche Schlüsse lassen sich nun eigentlich nach der Analyse des Manifests zur historischen und gesellschaftlichen Relevanz der Wissenschaftleraktion ziehen? Stellt man einen geschichtlichen Vergleich an, so begaben sich die Göttinger Achtzehn 1957 auf den Weg zurück zu einer professoralen Haltung, wie sie zuletzt im Kaiserreich bestanden hatte. Die Ordinarien jener Epoche engagierten sich besonders im Ersten Weltkrieg über öffentliche Stellungnahmen und Aufrufe in einem politischen Sinne. Sie begriffen sich dabei nicht als Parteianhänger, „sondern nur als unparteiische, wissenschaftlich geschulte Lehrer des Volkes. [...] Subjektiv fühlten sie sich an keinen von irgendeiner Partei ausgehenden Auftrag gebunden, sondern allein an das, was sie als die eigene politische Pflicht empfanden.“¹⁴ Damit vollzogen die Göttinger Achtzehn folglich eine Renaissance naturwissenschaftlichen Aufklärungsethos’.

Mit der Göttinger Erklärung statuierten ihre Manifestanten zudem ein Exempel der besorgten Warnung vor den Gefahren wissenschaftlicher Erkenntnisse. Die Erklärung fungiert gewissermaßen als mustergültiges Beispiel, regierungspolitisches Handeln nicht bedingungs- und kritiklos zu akzeptieren, sondern stets

14 Schwabe, Klaus: Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkriegs, Göttingen u.a. 1969, S. 185.

zu hinterfragen. Sie trug zur Überprüfbarkeit und Kontrolle politischen Handelns bei und befähigte zur präziseren Risikobeurteilung. Auch half sie bei der Herausbildung eines wachsameren Bewusstseins für die dem Atomzeitalter beständig innewohnenden Gefahren eines kriegesischen Konflikts von unberechenbaren Atommächten. Allerdings war ihr Aufklärungsstreben einseitig in Richtung auf die militärische Kernenergieverwertung ausgerichtet. Jeder einzelne Bürger, nicht bloß die Regierungsmitglieder, sollte sich der besonderen Gefahr atomarer Sprengstoffe bewusst werden. Dies war das unmittelbare Ziel: die Schaffung eines Bewusstseins für die allgegenwärtige Gefahr und die Unmöglichkeit verlässlichen Schutzes. Für deren Realität bürgten die achtzehn Manifestanten mit ihren akademischen Zertifikaten und ihrem wissenschaftlichen Renommee. Ob diese Zielstellung erreicht worden ist, lässt sich mit wissenschaftlicher Sicherheit nicht feststellen. Die demoskopischen Werte deuten darauf hin, ebenso die Aufmerksamkeit der Medien. Doch gab es eben nur kurze Zeit später den Appell Albert Schweitzers, der ebenfalls großartige Resonanz erfuhr und Adenauer endgültig in Angst um seine Wählerstimmen versetzte. Vielleicht gingen die beiden Stellungnahmen der von den Bürgern respektierten Persönlichkeiten ja eine symbiotische Beziehung ein, die eine Bewusstmachung der atomaren Bedrohung bewirkte. In diesem Fall hätte die Achtzehnergruppe ihr Ziel erreicht: Man wäre einer Verantwortungspflicht nachgekommen, hätte fachmännisch Aufklärung geleistet, ein Risiko- und Gefahrenbewusstsein geschaffen, die eigene moralische Integrität gesteigert, politische Kontrolle geübt und der Regierung damit einen Warnschuss verpasst sowie gegenüber allen Skeptikern jegliche Zweifel gegenüber den Absichten der westdeutschen Forscher hinsichtlich einer ausschließlich zivilen Kernenergieforschung ausgeräumt.

Politisch erwachsen aus der Göttinger Erklärung dagegen kaum Konsequenzen. Die Bundeswehr wurde dessen ungeachtet militärisch in die Lage versetzt, in Kooperation mit den in Deutschland stationierten US-Truppen im Rahmen eines NATO-Einsatzes Atomwaffen zu benutzen. Sonderlich weit war dies von Strauß' eigentlichen Bestrebungen nicht mehr entfernt. Und dass bis zum heutigen Tag kein Bundeskanzler mit einer eigenen „Black Box“ über Atombomben verfügen kann, verdankt sich in erster Linie politischer Ereignisse und Prozesse, die sich unabhängig von der Göttinger Erklärung abspielten: etwa dem aus Bonner Sicht unfreiwilligen, von de Gaulle ausgehenden Abbruch einer innereuropäischen Atomwaffenproduktion unter Beteiligung verschiedener Länder zugunsten einer allein Frankreich vorbehaltenen Bombe; oder auch dem politisch von einer SPD-geführten Regierung durchgesetzten Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag.

Unzweifelhaft stimulierte die Göttinger Erklärung allerdings ein bereits latent wirksames Unbehagen gegenüber Atomwaffen, das nun in einen direkten Zusammenhang mit der Politik der Bundesregierung gebracht wurde und, flankiert von dem kurz bevorstehenden Bundestagswahlkampf, Adenauer kurzzeitig spontan und akut öffentlichem Druck aussetzte. Der Kanzler wurde zu einem nicht ganz einfachen Konfliktmanagement gezwungen, mit dem er die Situation letztlich aber wieder zu seinen Gunsten unter Kontrolle bringen konnte. Kein Zweifel: Am liebsten hätte Adenauer es gesehen, wenn die Medien die Einmischung der Atomwissenschaftler als töricht und unverfroren dargestellt hätten. Doch im Angesicht der öffentlichen Zustimmung erschien es dem Regierungschef zweckmäßig, den versöhnlichen Dialog zu suchen. Politisch routiniert wie er war, trotzte Adenauer den unbequemen Kritikern dabei listig ein Kommuniké ab, das den Eindruck erweckte, als habe sich die Regierung bereits die ganze Zeit über im Einklang mit den achtzehn Professoren befunden, habe es sich eigentlich nur um ein Missverständnis gehandelt. Da die Wissenschaftler als Repräsentanten der Bildungselite, aber auch konservativer Werthaltungen anzusehen waren, konnte somit auch der Konsens mit Teilen der Unionswählerschaft als wiederhergestellt gelten. Die Atomwaffenbestrebungen der Bundesregierung erfuhren dadurch realiter freilich keine Abschwächung, viel eher wurden ihre Protagonisten zu einem noch vorsichtigeren und intransparenteren Vorgehen genötigt.¹⁵ Adenauer jedenfalls befand auch nach seiner Aussprache mit den Manifestanten deren Stellungnahme insgeheim für „das Lächerlichste vom Lächerlichen“.¹⁶

Trotz allen Erfolgs also: Die Wirkung der Göttinger Erklärung war eingeschränkt. Sie veränderte nicht die Politik der Regierung, sondern lediglich deren öffentlichen Umgang mit dem Gegenstand und wiederum deren Rhetorik und Sensibilität für die Brisanz des Themas. Kommentatoren und Interpreten der bundesrepublikanischen Historie räumen dem Protest der achtzehn Professoren immerhin ein, für Adenauer zeitweise eine massivere politische Bedrohung als etwa die größte Oppositionskraft, die SPD, entfaltet zu haben.¹⁷

Allerdings begann sich im Zuge der Göttinger Erklärung auch das ansonsten den Unionsparteien zuneigende Bürgertum auf dem politischen Feld der Friedens- und Umweltfragen von CDU und CSU zu distanzieren. Historisch lässt

15 Vgl. Rese 1999, S. 69.

16 Protokoll Nr. 19 vom 11.05.1957, abgedruckt in: Buchstab (Bearb.) 1990, S. 1230. Diese Bemerkung machte Adenauer intern und mit dem Hinweis, sie nicht nach außen dringen zu lassen, im Mai 1957 vor dem CDU-Bundesvorstand.

17 Vgl. beispielhaft Schwarz 1991, S. 333 f.

sich dort der Ausgangspunkt einer elektoralen Zäsur verorten,¹⁸ die von dem 1957er Wahlergebnis freilich noch überdeckt wurde. Adenauers absolute Stimmenmehrheit gründete sich wohl vor allem auf die breite Bevölkerung, die er mit düsteren Prophezeiungen – alles andere als ein Unionssieg würde den Untergang Deutschlands zur Folge haben¹⁹ – im Verlauf des Wahlkampfes auf seine Seite zu ziehen wusste. Der Atom- setzte er die damals noch viel größere Angst vor den Politikern in Moskau, vor einer sowjetimperialistischen Aggression entgegen. Die Gefahr einer Invasion der Roten Armee ließ sich damals noch apokalyptischer als die Verseuchung durch Radioaktivität ausmalen. Diese Taktik bewährte sich zwar, doch barg sie langfristig ein Verfallsdatum in sich, das mit dem Zusammenbruch des Ostblocks Ende der 1980er Jahre auch tatsächlich eintreten sollte. In den bildungsreicheren Sozialschichten der bundesdeutschen Gesellschaft der 1950er Jahre irritierte Adenauers sicherheitspolitischer Kurs und sein tadelnder Umgang mit den augenscheinlich doch redlichen Experten allerdings schon damals. Nur gelang es dem Kanzler, durch einen Verweis auf die permanente Bedrohung aus dem sowjetischen Osten die Legitimität seiner politischen Entscheidung zu untermauern. Selbst die Göttinger Achtzehn vermochten diese nur für einen kurzen Augenblick ins Wanken zu bringen.

Historischer Bezugspunkt

Und trotzdem: Warum werden die Jubiläen des Göttinger Manifests sogar noch nach über fünfzig Jahren in der Öffentlichkeit mit einer derart großen Medienaufmerksamkeit begangen? Was macht die Göttinger Erklärung zu einem solch historisch bedeutungsschweren Dokument?

Die anhaltende Popularität der Göttinger Achtzehn und ihrer Erklärung sowie deren regelmäßige Huldigung zu immer wiederkehrenden Jubiläumsjahren nähren sich vor allem aus der Zeitlosigkeit ihres Inhalts²⁰, ihrer immerfort gegenwartstauglichen Thematik, somit einer permanenten Aktualität. Denn solange nukleare Waffenvernichtungsmittel existieren, bleibt die Gültigkeit der Göttinger Warnung aus dem Jahr 1957 bestehen. Obwohl die Manifestanten diesen Bezug nicht absichtlich wählten, um auch Jahrzehnte später noch im Ge-

18 Vgl. Walter, Franz: Spaltung des Bürgertums. Warum die „Erklärung der Göttinger Achtzehn“ vor 50 Jahren historische Folgen hatte, in: Die Welt, 12.04.2007.

19 Vgl. Kitzinger 1960, S. 89.

20 Auch heute noch bewegen die Risiken von Kernwaffen die Gemüter und beflügeln Diskussionen; siehe hierfür z.B. Thränert, Oliver: Nukleare Anarchie oder globale Null? Atomwaffen und Neue Weltordnung, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, H. 6/2009, S. 28-31.

spräch zu bleiben, prädestinierte dieser thematische Bezug gewissermaßen die Nachhaltigkeit des Inhalts, dessen Dringlichkeit noch immer gegeben erscheint.²¹ Diese Permanenz des Themas und seine ungebrochene Zukunftsrelevanz finden sich in Aussagen wie: Die „Globalisierung der Fähigkeit, moderne Waffen zu entwickeln, herzustellen und zu nutzen und die systematische Einbeziehung von Hochtechnologie in die Rüstungs- und Strategieplanung werden in den kommenden Jahren aller Voraussicht nach weiter voranschreiten“²².

Ferner wirkte die Göttinger Erklärung als „eine Initialzündung“ für ein „ganzes Feuerwerk weiterer Erklärungen, Appelle, Protesttelegramme“²³ und kann somit als Stimulanz zivilgesellschaftlichen Protests angesehen werden. Sie problematisierte einen für die Gesellschaft extrem bedeutsamen Sachverhalt und warnte vor einer gefährvollen, scheinbar aber bereits in Gang befindlichen Entwicklung. Die Erklärung verschaffte einem Thema öffentliche Aufmerksamkeit, das ansonsten womöglich die parlamentarische Berichterstattung nicht verlassen hätte. Eine politische Problemlage konnte durch sie, über den originellen Weg des Manifests, themenkarrieristisch etabliert werden. Darin ist der – situative – Verdienst der Göttinger Erklärung zu sehen. Die Geschichte verdankt ihr folglich eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Atomwaffenproblematik, wenngleich sich der noch in der Gegenwart gültige Verzicht auf eine bundesrepublikanische Atombombe nicht konkret auf sie zurückführen lässt. Obwohl es bereits zuvor kleinere Gruppen mit oppositioneller Haltung zum atompolitischen Handeln der Bundesregierung gegeben hatte, muss man die Göttinger Erklärung dennoch als den Prolog der deutschen Anti-Atombewegung betrachten. Bundeskanzler Adenauer jedenfalls musste nach den Ereignissen des Aprils 1957 alarmiert sein, dass sich bestimmte politische Maßnahmen nicht gefahrlos vertuschen, Risiken regierungspolitischen Handelns nicht einfach bagatellisieren ließen. Die sozialdemokratisch gesteuerte Initiative „Kampf dem Atomtod!“ des Jahres 1958 griff gerne auf die Argumente der achtzehn atomwissenschaftlichen

21 Atomwaffenforderungen für Deutschland sind immer wiederkehrend. Deutschland ist technisch zu einer Kernwaffenproduktion in der Lage und die Bundeswehr ist im Rahmen internationaler Bündnisse in Atomwaffeneinsätze betreffende Planungen mit einbezogen. Bis dato gibt es zudem keine gesetzlich verankerte Verichtsregelung; vgl. Hahnfeld, Bernd: Atomwaffenfreies Deutschland, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 4/2007, S. 471-477, hier S. 471 ff.

22 Abschnitt „TA-Projekt: Kontrollkriterien für die Bewertung und Entscheidung bezüglich neuer Technologien im Rüstungsbereich“, in: TAB-Brief Nr. 11 (Oktober 1996), in: <http://www.tab.fzk.de/de/brief/brief11.htm#Projekte> [eingesehen am 14.08.2008].

23 Beide Zitate aus Rupp 1980, S. 279.

Manifestanten zurück und fand in der Bevölkerung eine bemerkenswerte Zustimmung, die sich spektakulär in der Protestteilnahme hunderttausender Bürger ausdrückte. Ehe sich Kanzler Adenauer versah, musste er sogar die Hilfe des Bundesverfassungsgerichts ersuchen, um eine in sozialdemokratisch regierten Ländern geplante Volksbefragung über Atomwaffen in der Bundesrepublik zu vereiteln.

Über Adenauers Atomwaffenpolitik ist hart geurteilt worden: „Die Sicherheitspolitik der Bonner Republik wurde zum delikaten Exempel der Entmündigung der Bürger. [...] Öffentlichkeit als Legitimationsweg politischen Handelns [...] wurde ausgehebelt und durch eine inszenierte Öffentlichkeit ersetzt.“²⁴ Den Medien wurde in diesem Zusammenhang großes Versagen angelastet. Sie hätten sich nur noch auf die „bloße Aktualität der Verlautbarungen“ konzentriert und keine couragierte Recherche gewagt.²⁵ Stimmt dies, so müsste der Göttinger Erklärung im Hinblick auf die Demokratie eine besondere Leistung angerechnet werden: das Konterkarieren einer Kommunikation der Verschleierung und Irreführung durch die Regierenden. Die Aktion der Achtzehn hätte in diesem Fall die wahlberechtigten Bürger auf die unter gewissen Gesichtspunkten problematischen Züge der Regierungspolitik hingewiesen, sie zu einer kritischen Betrachtung angeregt und ihnen neue Aspekte für ihre spätere elektorale Willensbildung beigegeben. Mit der Formulierung einer Alternativlösung, dem Atomwaffenverzicht, griff sie zudem die Mehrheitsmeinung der westdeutschen Bevölkerung auf. Das politische Manifest hätte somit eine politische Aufklärungs-, Kontroll- und Korrektivfunktion gegenüber der Regierung, damit aber eine der genuinen Aufgaben einer parlamentarischen Opposition übernommen. Insofern stünde die Göttinger Erklärung auch symptomatisch für das Versagen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion zu jener Zeit. Denn wo eine angriffslustige, sachverständig argumentierende und auf scharfe Konfrontation zuspitzende Opposition agiert hätte, wäre den Akademikern wahrscheinlich weit weniger Beachtung geschenkt worden. Gleichzeitig hätte die Göttinger Erklärung bewiesen, dass Initiativen, die aus dem parlamentsexternen Raum zivilgesellschaftlichen Engagements unternommen werden, eine unzulängliche Parlamentsopposition unter bestimmten Voraussetzungen kompensieren können.

Abschließend seien noch einige weitere aufschlussreiche Aspekte der Manifest-Aktion erwähnt. So erstaunt etwa das Verhalten Werner Heisenbergs. Zunächst suchte und etablierte er ohne Rücksichtnahme auf reguläre Pfade einen informellen, auf persönlicher Korrespondenz beruhenden Kontakt zu entschei-

24 Bald 1994, S. 143.

25 Vgl. ebd.

dungsrelevanten Personen und Amtsträgern, bis hinauf zum Regierungschef. Parallel versuchte er über persönliche Positionen und Netzwerke, den Einfluss von Großorganisationen wie die Max-Planck-Gesellschaft und die Deutschen Forschungsgemeinschaft für die Durchsetzung politischer Ziele zu instrumentalisieren. Anschließend gewann er diverse „Pressure-Groups“, die er auf die Bundesregierung ansetzte, und suchte über die Medien mit harscher Kritik an der Regierungsperformanz den Kanzler und sein Kabinett unter Druck zu setzen. Und schließlich nötigte er mit einem politischen Manifest die Bundesregierung zu politischen Handlungen, indem er sie nochmals verstärkt dem Druck der Öffentlichkeit aussetzte, wahlberechtigte Bürger zu mobilisieren versuchte. Bei alledem ließ er sich häufig von einem in politischen Angelegenheiten scheinbar Bewanderteren – es war Carl Friedrich v. Weizsäcker – beraten. Damit handelte Heisenberg vielleicht genuin politischer als so mancher Berufspolitiker und versetzte der Regierung weit härtere Schläge, als dies etwa parlamentarische Oppositionskräfte wie der viel zu brave und zurückhaltende Erich Ollenhauer seinerzeit vermochten. Auch Heisenbergs Kompagnon Carl Friedrich v. Weizsäcker bewies mit seinen Organisations-, Integrations- und Kommunikationskompetenzen nicht geringere Politikerfähigkeiten, indem er eine vergleichsweise große und heterogen argumentierende Manifestantenschaft zusammentrommelte, sie auf eine gemeinsame Position verpflichtete und überdies den Manifest-Text massenmedienkompatibel arrangierte und lancierte.

Erwähnenswert ist auch noch die personelle Konstellation zwischen Werner Heisenberg und Carl Friedrich v. Weizsäcker. Beider Motive ergänzten sich. Heisenberg war eigentlich wenig an der Methode des politischen Manifests gelegen, da seinem Empfinden nach sämtliche dieser Schriften vor 1957 jedes Mal politisch völlig bedeutungslos geblieben waren. Doch gab er seinem Freund und Kollegen nichtsdestotrotz ein Ziel – eine verbindliche Erklärung der Bundesregierung über die radikale Abkehr von militärischer Kernenergieverwendung – vor. Von Weizsäcker lieferte er damit Sinn und Motiv einer erneuten Manifest-Aktion. Der ambitionierte Freiherr erhielt damit eine Grundlage, auf der er fortan die atompolitische Initiative führen durfte. Heisenberg, der spätestens ab 1956 nach seinen negativen Erfahrungen kaum mehr etwas mit der forschungspolitischen Plackerei zu tun haben wollte, gab zwar das atompolitische Ziel vor, hielt sich ansonsten aber weitgehend passiv im Hintergrund. Von Weizsäcker hingegen führte die Regie und übernahm das Management der politischen Intervention der Wissenschaftler. So konnten beide zufrieden sein. Das Pochen auf wissenschaftliche Verantwortungsübernahme von Seiten Max Borns und die Idee, man könne die riskante Kernenergieforschung befreit von moralischen Skrupeln fortführen, sobald man öffentlich seine Warnung ausgesprochen hat, wie Walther

Gerlach sie vertrat – auch diese Beweggründe harmonisierten mit denen Heisenbergs und v. Weizsäckers, auch Hahns. Diese Komplementarität der Interessen innerhalb der Manifestantenschaft war deshalb eine wichtige, möglicherweise unverzichtbare Erfolgsdeterminante. Denn sie erst ermöglichte den gruppeninternen Konsens, mit einem politischen Manifest an die Öffentlichkeit zu treten, und verteilte zueinander kongeniale Rollen und Funktionen.

Gesellschaftliche Verdienste

Die Göttinger Achtzehn bedienten überdies ein gesellschaftliches Informationsbedürfnis nach einer wissenschaftlich fundierten Einordnung des neu aufgetretenen Phänomens technologisch nutzbarer Atomkräfte. Vermittels ihres Manifests stärkten sie die Urteilskraft der politisch mündigen Bürger. Diese kannten zwar die Bilder von atomar verwüsteten Plätzen, hatten auch schon von der Wasserstoffbombe gehört. Doch was den Schutz vor Angriffen mit nuklearem Kampfgerät anbelangte, war die Mehrheit der Bundesbürger zum Zeitpunkt der Göttinger Erklärung wohl an Informationen deutlich unterversorgt, verfügte diesbezüglich über keine realistischen Vorstellungen. Die Bundesregierung hingegen wollte die Bürger glauben machen, man könne sich mit infrastrukturellen Maßnahmen wirkungsvoll gegen die Folgen eines Atomkriegs schützen.

Das Manifest der Achtzehn fiel in eine Zeit, in der sich in der deutschen Gesellschaft ein Bewusstsein für Pro und Contra von Kernkraft erst langsam heranzubilden begann. Die Erklärung erwarb sich mit dem Hinweis auf die Risiken und Folgen eines militärischen Einsatzes zweifellos einen gesellschaftlich ehrenvollen Verdienst. Doch die andere Seite der Medaille, die der zivilen Nutzungsmöglichkeiten, wurde lediglich einseitig positiv erwähnt, mitunter verklärt. Dies war für den weiteren Verlauf nicht unbedeutend, bestimmte sogar die Konstitutionsphase des westdeutschen Anti-Atomprotests mit. Die Göttinger Achtzehn, allesamt ausnahmslos Befürworter, zum Teil sogar heftige Apologeten ziviler Kernenergienutzung, gewannen nämlich über ihre allseits gefeierte Erklärung außerordentlich starken Einfluss auf die stetig anwachsende, allerdings noch im Entstehen begriffene Anti-Atombewegung. So konnten sie die Protestenergien von der Reaktortechnologie zumindest in der ersten Phase des zivilen Widerstands abwenden und stattdessen monoton auf die Gegnerschaft zu Raketen, Bomben und Granaten atomarer Provenienz konzentrieren. Dies wiederum passte auch zu den pazifistischen Tendenzen, die sich nur kurze Zeit zuvor bereits während der Wiederbewaffnungsdebatte gezeigt hatten.

Der Protest gegen zivile Kernkraftnutzung, die spätere Anti-AKW-Bewegung, war vor den 1960er Jahren noch reichlich minoritär, unauffällig und durch Interessen der lokal ansässigen, vom Kraftwerksbau unmittelbar betroffenen Be-

völkerung getragen. Im Juli 1956 versammelten sich in Karlsruhe die Marktfrauen, um dort aus Sorge um ihren Gemüseanbau gegen die geplante Errichtung der Reaktorstation zu demonstrieren.²⁶ Etwas später schlossen sich dieser Gegnerschaft zwei umliegende Gemeinden an. Im Jahr vor der Göttinger Erklärung begann sich zwar an dem ersten Standort eines deutschen Zentrums für Reaktorforschung zivilgesellschaftlicher Widerstand gegen die friedliche Atomforschung zu erheben. Es ist jedoch bezeichnend, dass die politisch schlagkräftigste Bewegung jener Zeit, die des „Kampfes dem Atomtod!“ 1958, ausschließlich gegen die Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen opponierte – nicht aber gegen die industrielle Kernenergieverwertung und die damit verbundenen Unwägbarkeiten und ökologischen Probleme. Es scheint, als hätte die Göttinger Erklärung nicht nur schlummernde Protestpotenziale wachgerufen, sondern diese auch kanalisiert und in eine bestimmte Richtung gelenkt: nämlich in die einseitige Auflehnung gegen die militärische Nutzung.²⁷ „Kampf dem Atomtod!“ und dessen Nachfolgeorganisation „Ständiger Kongreß gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik“ verzichteten nicht nur in jeder Hinsicht auf eine Kritik am nicht-militärischen Nuklearenergiebetrieb, sondern betonten sogar gleichsam einer Marketingagentur explizit dessen Vorteile. Eine Anti-AKW-Gruppierung, deren energischste Gegner im Übrigen wohl vor allem die Göttinger Achtzehn gewesen wären, entstand so erst in weiteren Etappen des Atomprotests, viele Jahre später.

In der Protestkultur glich die Aktion der Göttinger Achtzehn ziemlich stark derjenigen ihrer historischen Vorläufer, den Göttinger Sieben. Beide Proteste lehnten sich gegen die Politik einer vermeintlich intransigenten Regierung auf, zeigten „Mut vor den Fürstenthronen“, was historisch nicht gerade das „charakteristische Merkmal der Geschichte des deutschen Bürgertums“²⁸ war. In beiden Fällen, 1837 wie 1957, ereignete sich der Protest gegen die staatliche Obrigkeit nicht in blutigen Straßen- und Barrikadenkämpfen, in Gestalt eines lauthals skandierenden Mobs oder in gewaltsamen Übergriffen auf das Objekt des Widerstands. Die beiden knapp 120 Jahre auseinander liegenden Vorgehensweisen glichen sich dahingehend, dass sie, in schriftlicher Form und sachlicher Argumentation aufbereitet, ausnahmslos als friedlicher Protestakt wahrgenommen werden konnten. Auch deshalb können politische Honoratioren, die Stadt Göttingen und die Göttinger Universität gefahrlos Elogen auf die Protestierer anbringen. Womöglich handelt es sich bei politischen Manifesten somit um eine

26 Vgl. Kitschelt 1980, S. 69 f.

27 Vgl. Rese 1999, S. 207 f.

28 Beide Zitate aus Blanke 1989, S. 57.

typisch bürgerliche, professorale Form der Artikulation einer oppositionellen Haltung. Jedenfalls böte sich diese Überlegung als Ansatz für weitergehende Forschungsarbeiten an.

Ferner bestätigt die Analyse der Göttinger Erklärung sozialwissenschaftliche Befunde, nach denen sozialer Protest besonders dann an Erfolgswahrscheinlichkeit gewinnt, sobald er „Zulauf von etablierten, u.U. im Parlament vertretenen Eliten“²⁹ erhält. Der Appell Albert Schweitzers, die Solidaritätsnoten einiger prominenter Persönlichkeiten sowie die Unterstützung durch die parlamentarische Opposition in Form der SPD erfüllen diese Kriterien.

Die Erklärung der Göttinger Achtzehn hat des Weiteren gezeigt, dass Inhalte und Botschaften, vielleicht sogar Ideologien politischer Manifeste von sozialen Bewegungen und professionell-politischen Akteuren programmatisch adaptiert werden können. Manifestanten wären in diesem Fall sinn- und motivationsstiftende Lieferanten von erstrebenswerten Zielvorstellungen. Zumindest beschleunigte die Göttinger Erklärung diskursiv eine Themenkarriere. Auch bereichern politische Manifeste den politischen Diskurs, indem sie einen aktuellen Konsens in Frage stellen, als kritisches Korrektiv mit konstruktivem Dissens aufwarten, dabei aber bei den wahlberechtigten Bürgern Bedenken schüren, dass bestimmte Themen von den regierenden Politikern inkorrekt gehandhabt werden. Außerdem können sie dem Unbehagen der Bürger prominent Ausdruck verleihen und selbigen vor dem Hintergrund einer versagenden Opposition das beruhigende Gefühl politischer Repräsentanz vermitteln. Das Manifest brachte Experten in eine große Öffentlichkeit und ermöglichte diesen, in ungewissen Zeiten Gewissheit zu spenden.

In dieser Hinsicht erscheinen politische Manifeste auch als ein punktuell vorgetragener populistisch-plebiszitärer Impuls. In gewisser Weise treffen sie auch eine Aussage über die aktuelle Beschaffenheit des demokratisch-parlamentarischen Systems. Als Ultima Ratio deuten sie auf ein vorheriges Versagen der politischen Elite insgesamt hin, auch der Medien, die sich allesamt der Thematik und Problemstellung erst durch den spektakulären Charakter des Manifests annehmen.

Mit der Erfahrung der Göttinger Erklärung gewinnt die Beobachtung an Reiz, wie politische Akteure auf Manifeste reagieren, welches Krisenmanagement sie ergreifen und inwieweit sie die Forderungen der Manifestanten bekämpfen oder adaptieren. Augenscheinlich bedürfen politische Manifeste einer speziellen Logistik, eines kompetenten Managements, mithin eines Manifest-Unternehmers. Der Manifest-Unternehmer sollte sämtliche Schritte bewältigen,

29 Zimmermann 1981, S. 21.

die Manifestantenschaft integrieren, disziplinieren und koordinieren können. Die Göttinger Erklärung entstand jedenfalls nicht spontan und frei von Schwierigkeiten. Und vor allem: Politische Manifeste sind existenziell auf den Transport durch die Massenmedien angewiesen – wie sonst auch sollten sie ein breites Millionenpublikum erreichen? –, sind doch z.B. Tageszeitungen hervorragende Multiplikatoren von Information. Im Unterschied zu Flugschriften stellen sie kein eigenständiges Medium dar, sondern sind der Inhalt eines solchen: Manifeste können also Pamphlete, aber eben auch Seiten in Büchern, auf Tageszeitungen oder im Internet füllen. Mit der fortschreitenden Expansion einer mediendurchwirkten Gesellschaft, in der bedeutsame Geschehnisse über Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk, Fernsehen oder Internet verbreitet und kommentiert werden, kommt es für die Wirksamkeit von Manifesten auf deren Nachrichtenwert an. Denn dieser bestimmt die Chance, die Aufmerksamkeit der von Informationen überfluteten Bürger zu finden. Wenn sich Expertensysteme mithilfe eines politischen Manifests aus ihrer Anonymität wagen möchten, um bspw. Vertrauen für ihre Arbeit, Verständnis für ihre Denk- und Funktionslogiken sowie Aufmerksamkeit für ihre Positionen zu gewinnen, sind sie daher auf die Akzeptanz durch die Medien angewiesen. Denn diese sind schlichtweg die „Zugangspunkte“³⁰, an denen sich Laien und Experten kommunikativ begegnen können. Politische Manifeste, dies zeigt der Publizitäts-Kontrast zwischen der Mainauer Kundgebung und der Göttinger Erklärung, bedürfen geradezu existenziell der Medienkompatibilität, sodass ihnen die medialen „Gatekeeper“ den Zugang zu öffentlicher Mitteilung gewähren.

Dies verleiht dem politischen Manifest in seiner Rolle als unkonventioneller Form politischer Teilhabe einen zwiespältigen Charakter. Einerseits bieten sie die Möglichkeit zur spontanen, unverbindlichen, unverfälschten Meinungsäußerung – anders als in Parteien brauchen Manifestanten keine Kompromisse einzugehen, müssen sie keine Mehrheiten organisieren. Mit ihnen lässt sich hörbar das Wort ergreifen, ohne zuvor langwierige Verhandlungen, strapaziöse Gespräche und frustrierende Abstimmungen auf sich genommen zu haben – auch setzen sie nicht den stundenlangen Besuch von Parteisitzungen oder den jahrelangen Aufstieg in Parteistrukturen voraus. Überdies können sie Ansichten, die zuvor lediglich einer Teilöffentlichkeit oder gar dem privaten Bereich vorbehalten waren, an ein großes Publikum transportieren. Andererseits sind Manifeste äußerst voraussetzungsvoll. Sie zeitigen oftmals nur dann Wirkung, wenn ihre Urheber bereits einflussreich sind, über reichlich „Sozialkapital“ verfügen. Dies macht sie zu einer politischen Beteiligungsform, die sich weniger für den gemeinen Bürger

30 Bucher 2004, S. 284.

als für elitäre Personen eignet. Sie bereichern folglich die repräsentative Parlamentsdemokratie, können jedoch die darin dominanten Parteien und deren Offenheit für minderprivilegierte Teilhabe keineswegs ersetzen.